



SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG FÜR DEMOKRATIE, RECHTSSTAAT UND MENSCHENRECHTE
SWISS HELSINKI COMMITTEE FOR DEMOCRACY, RULE OF LAW AND HUMAN RIGHTS

Rundbrief

August 2010

Bosnien und Herzegowina

In diesem Rundbrief steht Bosnien und Herzegowina im Vordergrund. Wie bereits im letzten Rundbrief angedeutet, wollen wir 2011 dort ein Jugendseminar organisieren. Zudem berichtet unser Vorstandsmitglied Franziska Rich (G2W) über ihre neusten Erfahrungen in Russland und in Polen.

JUGENDSEMINAR 2011 IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA: das Projekt nimmt Gestalt an

Ende 2009 beschloss der Vorstand der Schweizerischen Helsinki Vereinigung, für 2011 die Abhaltung eines Jugendseminars in Bosnien und Herzegowina (BiH) zu prüfen. Ausgangspunkt für unsere Überlegungen war die Beobachtung, dass Bosnien und Herzegowina heute zwar nach aussen hin einigermaßen stabil erscheint, dass diese äussere Stabilität aber parallel läuft zu einer Stagnation und sogar einer Verschlechterung der Situation im Innern des Landes, die einiges Konfliktpotential enthält. Diverse Nachrichten in den Medien und persönliche Kontakte, die in die gleiche Richtung weisen, haben uns in den vergangenen Monaten bestärkt, unser Projekt zu realisieren.

So haben wir mit unseren Vorbereitungsarbeiten begonnen. Im kommenden September unternehmen wir eine Erkundungsreise nach Sarajevo und in verschiedene weitere Städte beidseits der Entitätsgrenze zwischen der Föderation und der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina. Dabei sollen mögliche Orte für die Durchführung des Seminars beichtigt und Verbindungen mit Jugendorganisationen geknüpft werden, die jugendliche Experten zur Verfügung stellen sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Seminar rekru-

tieren können. Mit den Jugendlichen wollen wir auch im direkten Gespräch herausfinden, welche Themen für sie im Vordergrund stehen. Denn mit dem Grundsatz „Jugendliche mit Jugendlichen und für Jugendliche“ haben wir in der Vergangenheit sehr gute Erfahrungen gemacht.

Wenn wir bisher gezögert haben, auch in Bosnien und Herzegowina tätig zu werden, so vor allem deshalb, weil das Land nach dem Krieg, gestützt auf das Dayton-Abkommen von 1995, von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen aller Schattierungen überflutet wurde. In den letzten Jahren hat die internationale Aufmerksamkeit nachgelassen, sind andere Konflikte ins Zentrum vorab der medialen Berichterstattung gerückt. Auch die internationale Präsenz im Lande selbst wurde in wichtigen Bereichen abgebaut. So wurde die von der NATO getragene SFOR, die zeitweise bis 40'000 Mann umfasste, 2004 durch die EUFOR (Operation Althea) mit anfänglich noch 6'300 Mann ersetzt, als militärische Komponente der neuen EU-Mission für Bosnien und Herzegowina im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Gleichzeitig wurde der 1995 durch das Dayton-Abkommen geschaffe-

ne Hohe Repräsentant, dem die zivile Umsetzung dieses Abkommens obliegt, auch Sonderbeauftragter der EU für Bosnien und Herzegowina. Wichtige Schritte in den Aussenbeziehungen waren 2006 der Beitritt zum NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ und 2008 die Unterzeichnung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU. Überlegungen, mit der Errichtung der EU-Mission die Institution des Hohen Repräsentanten zu schliessen, wurden 2008 wieder fallen gelassen; stattdessen wurde das Mandat auf unbestimmte Zeit verlängert.

Die Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat ihre einst grösste Mission personell stark reduziert; geblieben sind ihr Mandat für Friedensbildung, Förderung des politischen Dialogs, Aufbau demokratischer Institutionen unter Respektierung aller drei Bevölkerungsgruppen (Bosniaken, Kroaten und Serben), rechtsstaatlicher Grundsätze und der Menschenrechte, sowie ihre Präsenz in 14 Städten Bosniens und Herzegowinas. Vor diesem Hintergrund gilt ihr Hauptaugenmerk heute der Unterstützung lokaler Behörden und der Bildung aktiver Zivilgesellschaften.

Wir beabsichtigen, im Rahmen unserer eigenen Zielsetzungen ergänzend tätig zu sein und – wie bereits in Serbien – die Jugendlichen zu erreichen, die (noch) nicht in solche Projekte eingebunden sind und oft in Gegenden wohnen, in denen bisher wenig internationale Aktivitäten stattgefunden haben. Für das Seminar suchen wir daher einen Ort in der Nähe der internen Grenze zwischen der Föderation und der Republika Srpska oder in einem entitätsübergreifenden Gebiet. Wir versuchen auch, Teilnehmende aller drei Bevölkerungsgruppen zu gewinnen.

Unser Ziel ist es nicht, mit unsern Werten und „Errungenschaften“ zu „missionieren; vielmehr versuchen wir, den Jugendlichen im Dialog

aufzuzeigen, dass es sich lohnt, durch persönlichen Einsatz jetzt und in Zukunft zur Entwicklung des eigenen Landes beizutragen, dass Demokratie nur funktioniert, wenn verschiedene Bevölkerungsgruppen trotz legitimer Meinungsverschiedenheiten zusammenarbeiten und letztlich den Konsens suchen. Gerade in diesem Punkt vertiefen sich derzeit die Probleme, oft geschürt durch Politiker unterschiedlicher Parteien des Landes. Zeichen eines verstärkten Nationalismus beunruhigen. Solange jedoch die oberste Entscheidungsbefugnis beim international eingesetzten Hohen Repräsentanten liegt, übt das aus je einem bosniakischen, kroatischen und serbischen Vertreter zusammengesetzte bosnische Präsidium nicht die volle politische Verantwortung für ganz Bosnien und Herzegowina aus, die ihm auch im Interesse des Vielvölkerstaates politische Mässigung auferlegen würde. Vertreibung, Flucht, „ethnische Säuberungen“ während des Krieges haben die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert. Zwar sind viele Bosnier nach dem Krieg zurückgekehrt, aber noch müssen neue Brücken gebaut, Gräben überwunden werden. Im Interesse künftiger Generationen muss wieder gegenseitiges Vertrauen zwischen den Menschen entstehen, müssen darüber hinaus die Jugendlichen auch Existenz sichernde Zukunftschancen erhalten, damit ihre Abwanderung ins Ausland gebremst wird.

Wie bei früheren Seminaren sehen wir auch in Bosnien und Herzegowina vor, aus den Diskussionen unter den Jugendlichen konkrete Projekte für die weitere Zusammenarbeit zu entwickeln.

Wir werden Sie, unsere Leserinnen und Leser, auf dem Laufenden halten und hoffen weiter auf Ihre finanzielle Unterstützung auch für dieses neue Projekt.

Dr. iur. Marianne von Grünigen, Präsidentin

Bosnien und Herzegowina – Historischer Überblick

Die Lage als Transitland zwischen Adria und Donau und die Vielzahl von Mächten, die sich im Laufe der Jahrhunderte um deren Kontrolle bemühten, haben der Region Bosnien (das Land an der bei Sarajevo entspringenden Bosna) und Herzegowina (dt.: „Herzogland“) eine ebenso lange wie turbulente Geschichte beschert.

Im Unterschied etwa zu Serben oder Kroaten gab es nie eine Volksgruppe der „Bosnier“ die ein ethnisch definiertes Nationalbewusstsein auf eine gemeinsame Abstammung hätte zurückführen können. Dennoch sind bereits für die Zeit um 1200, als kroatische und serbische Fürstentümer sowie die Schwergewichte Ungarn und das Osmanische Reich abwechselnd die Kontrolle über das Land an der Bosna zu erringen versuchten, die Bezeichnungen „Bosnien“ als Staatsgebilde und „Bosnier“ für dessen Bewohner verbürgt. Bis ins 14. Jahrhundert etablierte sich nicht nur ein unabhängiges bosnisches Königreich, das seine Vormachtstellung im westlichen Balkan und seinen Wohlstand den seit der Römerzeit abgebauten Bodenschätzen zu verdanken hatte, sondern auch eine eigenständige Bosnische Kirche. Diese Blütezeit fand ihr Ende erst mit der europäischen Expansion des Osmanischen Reiches. Ein Jahrhundert lang und, zumindest teilweise, Seite an Seite wehrten sich die Balkanvölker gegen diesen Vormarsch – so zum Beispiel auch 1389 auf dem im serbischen Nationalverständnis noch immer tief verankerten Amselfeld, wo ein Bosnisches Kontingent den Serbischen Fürstentümern zu Hilfe eilte.

Nach der vollständigen Annexion Bosniens über ein Jahrhundert später spielte die Existenz der Bosnischen Kirche eine entscheidende Rolle bei der Islamisierung des Balkans. Im Unterschied zu den orthodoxen und römisch-katholischen Glaubensgemeinschaften war die Konversionsbereitschaft beim bosnischen Adel sehr hoch. Man erkannte in der Konversion zum Islam sowohl ein Mittel der Machtsicherung als auch die Chance auf militärische und politische Karriere im Osmanischen Reich. In den vier Jahrhunderten osmanischer Herrschaft erfreute sich Bosnien anfänglich einer zweiten, „orientalischen“ Blütezeit. Grob vereinfacht herrschte eine muslimische Minderheit von Grossgrundbesitzern über eine (überwiegend serbisch-orthodoxe) christliche Mehrheit von Pächtern. Der wirtschaftliche Niedergang des Osmanischen Reiches – und als Folge davon auch Bosniens – führte zu Unruhen, die ab 1876 in offenen Aufständen der bosnischen Serben gegen die Obrigkeit mündeten. Beinahe zeitgleich eroberte sich das Fürstentum Serbien, neu als Königreich, seine Unabhängigkeit zurück. Auf dem Berliner Kongress von 1878, an dem die europäischen Grossmächte und das Osmanische Reich

die neue Friedensordnung in Südosteuropa auszuhandeln trachteten – ohne dass „der kranke Mann am Bosphorus“ noch viel beizutragen gehabt hätte –, wurde die Provinz Bosnien-Herzegowina unter österreich-ungarische Verwaltung gestellt.

Die formelle Annexion durch Österreich-Ungarn 1908 rückte Bosnien vollends auf die grosse politische Bühne Europas. Russland versprach sich aus der Duldung der Annexion den schon am Berliner Kongress erhoffte Mittelmeereszugang durch die Dardanellen, was aber am britischen Veto scheitern sollte. Der in Moskau gefühlte österreichische Betrug und die russisch-britische Drohung, die alte Rechtsstellung des Osmanischen Reiches wieder einzusetzen, trieb Europa 1908 in der „Bosnischen Annexionskrise“ an den Rand des Krieges. Mit deutscher Rückendeckung vermochte Wien dessen Ausbruch zwar noch abzuwenden, bezahlte für den Besitz der völlig verarmten Provinz aber mit der Feindschaft Russlands und offenbarte eine grosse politische Abhängigkeit von Berlin. Zudem waren im multiethnischen Grossreich weitem nationalistisch-separatistische Strömungen genährt worden – nicht zuletzt unter den bosnischen Serben – und das Szenario der Eskalation eines Kontinentalkrieges an Interessen in Südosteuropa war deutlich greifbar geworden. Dass das bekannte Attentat bosnischer Serben auf Kaiser Franz Ferdinand in Sarajevo letztendlich als Auslöser des Ersten Weltkrieges diente, entbehrt vor diesem Hintergrund nicht einer gewissen Logik. Die entsprechenden Schienen waren bereits sechs Jahre zuvor in Bosnien gelegt worden.

Das nach dem Krieg entstandene „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ (ab 1929 Königreich Jugoslawien) offenbart bereits im Namen den damaligen Stellenwert von Bosnien und der Muslime im neuen Staatesgebilde (um 1900 waren 38% der 1.1 Millionen Bewohner Bosniens Muslime, unter den 12 Millionen „Jugoslawen“ um 1921 stellten albanische und bosnische Muslime zusammen gerade noch 11%). Dominiert wurde das Königreich sowohl in Verwaltung als auch insbesondere in der Armee von Serben. Nachdem 1937 die nationalistischen Spannungen zwischen Serben und Kroaten unglücklich noch um eine religiöse Dimension erweitert worden waren, eskalierte der Konflikt im Zweiten

Weltkrieg dramatisch. Die faschistische, vom den Achsenmächten eingesetzte Ustascha-Regierung, die den „Unabhängigen Staat Kroatien“ auf den Gebieten des heutigen Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas kontrollierte, verfolgte die Vertreibung der serbischen Bevölkerung – immerhin knapp ein Drittel der 6 Millionen Einwohner. Die dadurch radikalisierten bosnischen Serben organisierten sich in zwei massgeblichen Widerstandsgruppen (den Kommunisten unter Tito und den monarchistischen Tschetniks). Die bosnischen Muslime (Bosniaken) verloren schnell allfällige Hoffnungen in die Ustascha-Regierung, sahen sich aber auch der brutalen Verfolgung durch die serbisch dominierten Tschetniks ausgesetzt. Eine Mehrheit folgte Tito, doch zersplitterten die Muslime in allen Parteien des auf allen Seiten rücksichtslos grausam geführten Bürgerkrieges. Selbst eine bosniakische SS-Einheit (SS-Division Handschar) kämpfte mit der Ustascha gegen die Partisanen.

Nach dem Krieg achtete Tito, wohlwissend um deren Konfliktpotential, auf die Eigenständig-

keit der Teilrepublik Bosnien. Sowohl kroatische als auch serbische Besitzansprüche mussten unterbunden werden. So fanden auch weder die Bezeichnung „Bosnier“ noch „Bosniaken“ offizielle Verwendung, um die serbischen und kroatischen Bewohner Bosniens nicht unnötig zu provozieren.

1948 hatten die bosnischen Muslime in einer Volksbefragung zwischen den ethnischen Kategorien „Muslim/Serbe“, „Muslim/Kroate“ oder „Muslim/national unbestimmt“ zu wählen (90% wählten letzteres, 1971 kreuzte eine ähnliche Mehrheit die neue Option „Muslim in Sinne einer Nation“ an). Der Bosnienkrieg, der – wie der Partisanenkrieg 50 Jahre zuvor – von unbeständigen ethnischen und geographischen Fronten, ständiger Zersplitterung der Kriegsparteien und unvorstellbaren Greueln an der Zivilbevölkerung geprägt sein sollte, liess auch diesen Versuch, die bewegte Geschichte des Gebildes Bosnien-Herzegowina zu befrieden, tragisch scheitern.

lic. phil. Fabian Hunold, Vorstandsmitglied

Russland noch ohne klares Ziel

Interview mit Franziska Rich, Vorstandsmitglied der Schweizerischen Helsinki Vereinigung. Sie hat in ihrer Funktion als Leiterin des Instituts G2W vor kurzem Russland und Polen besucht und in beiden Staaten unterschiedliche Entwicklungen beobachtet.

Frau Rich, Sie haben im Juni Russland besucht – unter anderem Moskau und die Ural-Region – und ebenso Polen. Es ist wohl nicht zu verhindern, dass man bei einer solchen Reise Vergleiche zwischen den beiden Ländern anstellt. Welche Parallelen und Unterschiede sind Ihnen aufgefallen?

FR: Ja, ich bin den Projekte nachgegangen, die ich an diesen Orten betreue. Im Unterschied zu Russland, das ich eingehender kenne, ist mir in Polen aufgefallen, wie ordentlich das Land heute äußerlich aussieht, wie viel in den vergangenen Jahren dort in den Wiederaufbau und die Infrastruktur investiert wurde. Auch die Leute sehen recht hoffnungsvoll in die Zukunft und sind davon überzeugt, dass ihr Einsatz positive Wirkung zeigt, auch wenn es noch viele schwierige Probleme zu bewältigen gibt, etwa das der Armut und Arbeitslosigkeit auf dem Lande mit allen ihren Folgen. Die Arbeitslosigkeit beträgt ja stellenweise bis zu 40% und die Abwanderung der arbeitsfähigen Bevölkerung hält nach wie vor an.

Die Bevölkerung in Polen sieht also durchaus Perspektiven für sich?

FR: Ich denke, ja. Die Einbindung in der Europäischen Union hat sich für das Land unter dem Strich gelohnt, es ist vielerorts eine zielstrebige Entwicklung zu beobachten, auch wenn dadurch nicht automatisch alle schwierigen Probleme gelöst sind. Es gibt noch viel zu tun. Eine andere Frage ist, wie wir in Zukunft mit Ländern wie Polen – immerhin das achtgrößte Land Europas – die sich in Riesenschritten entwickeln und integrieren, umgehen, ob wir sie als gleichwertige Partner wahrnehmen können oder immer noch eher als die „armen Verwandten“, die unseren reichen Tisch schmälern.

Und in Russland?

FR: Die Entwicklung in Russland betrachte ich sorgenvoller. Russland gleicht einer riesigen Baustelle, auf der gleichzeitig abgerissen, gebaut und das gestern Errichtete heute bereits wieder umgebaut wird. Dabei ist aus meiner Sicht kein einheit-

licher, zielstrebigem Plan zu erkennen, den die Bevölkerung mittragen könnte. Sie ist im Gegenteil durch den andauernden Umbruch gestresst und verunsichert. Die Regierung verspricht zwar etwa die Modernisierung des Landes, die Angleichung an europäische Standards usw. Jedem westlichen Politiker würde es aber schwindlig, wenn er gleichzeitig soviel grundlegende Reformen umsetzen müsste, wie sie Russland in Angriff genommen hat oder plant – so z.B. die Armeereform, die des Strafvollzugsystems und jetzt noch der sog. „Budgetorganisationen“, worunter eigentlich alle staatlich finanzierten Institutionen zu verstehen sind – angefangen von der Polizei über die Armee, Schulen und Universitäten bis hin zu den Krankenhäusern usw. 25.000 föderale und 300.000 regionale Organisationen sollen umstrukturiert, teilweise oder ganz privatisiert werden. Vermutlich werden zu allererst zur Kosteneinsparung viele sozialen Dienste ausgegliedert, d.h. der Eigenfinanzierung überlassen. Skepsis ist angebracht. Und während Moskau unaufhaltsam Reichtum anhäuft, wächst und sich Prestigeobjekte leisten kann, bleibt die Städteentwicklung in ländlichen Gegenden – und auch in einer Industrieregion wie dem Uralgebiet – praktisch stehen, wenn man von Privatbauten der Besserverdienenden einmal absieht. Bildhaft gesprochen: In der Stadt Pervouralsk gibt es ein Loch im Belag der Straße, die auf dem Zufahrtsweg zu einem Sozialzentrum liegt. Seit meinem ersten Besuch im Jahre 1992, wurde dieses Loch von Jahr zu Jahr größer. Heute ist es verschwunden – der ganze Asphaltbelag ist inzwischen zu einer Schotterstraße geworden. Man kann Probleme natürlich auch auf diese Weise lösen. Doch meine ich gerade aus diesem Grund, dass Russland sein riesiges Potential heute nur bruchstückhaft realisiert.

Russland scheint sich also in eine ganz andere Richtung als Polen zu entwickeln. In welche?

FR: Schwierig zu sagen. Ein Land dieser Größenordnung aus der kommunistischen Vergangenheit in die Zukunft zu führen, ist natürlich auch eine Aufgabe anderer politischer Dimension. Ich bin jedoch der Meinung, dass Russland in erster Linie ein geistiges Problem hat: es hat keine klare Zielvorstellung. Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie und dem Zerfall der Sowjetunion hat Russland kein stabiles, neues Gesicht gefunden. Die einen möchten, dass Russland ein „normales“, demokratisches, europäisches Land wird, die anderen pochen auf einen eigenen Weg und äußern Skepsis gegenüber Werten wie der

Demokratie und der Marktwirtschaft, die dritten betonen die euroasiatische Dimension, die vierten trauern Vergangenen nach und meinen, früher sei alles besser gewesen, während die fünften die Zeit des Umbruchs nutzen, um sich persönlich zu bereichern. Um dem Land einen Zusammenhalt zu geben, werden nationalistisch gefärbte Parolen ausgegeben und Angst gegen innere und äußere Feinde geschürt. Natürlich gibt es auch positive Entwicklungen, aber diese sind meistens eher zaghaft, weil es eben nicht leicht ist, sich auf der großen „Baustelle“ zu behaupten.

Lässt sich dies durch die Geschichte erklären?

FR: Teilweise schon. Die Diskussionen darüber, was Russland ist oder was es nicht ist, reichen ja bis weit ins 19. Jahrhundert zurück. Dies hat das Land damals jedoch nicht davon abgehalten, eine rasante geistige und wirtschaftliche Entwicklung zu durchlaufen, die dann durch die Revolution von 1917 gestoppt, bzw. in andere Bahnen gelenkt wurde.

Aber die Geschichte erklärt schon manchmal politische Entwicklungen der Gegenwart?

Die neuere Geschichte erklärt zumindest die stark von Misstrauen und Angst, auch vor der Eigenverantwortung, geprägte Mentalität der Menschen, ihre geringe Sozialisierung, die schwache Stellung der Zivilgesellschaft und den Hang zu autoritären Lösungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Sie erklärt auch, wieso die Menschen bis heute dem Recht des Stärkeren häufig mehr vertrauen als rechtsstaatlichen Prinzipien. Gerade deshalb bin ich der Meinung, dass es sehr wichtig ist, Russland dabei zu unterstützen, diese negativen Erscheinungen, die häufig auf Traumatisierungen in der Vergangenheit zurückzuführen sind, zu überwinden.

Will Russland Grossmacht sein?

Es will nicht nur – es ist seiner geopolitischen Größe wegen an sich eine Großmacht, auch wenn es derzeit, wie gesagt, sein eigentliches Potential nicht ausschöpfen kann. Russland hat eine enorme Bedeutung für die Zukunft Europas. Dessen müssen wir uns erst noch richtig bewusst werden.

Die Fragen stellte Hanspeter Spöri,
Vorstandsmitglied

Update Schulprojekt

Das Schulprojekt zum Thema Menschenrechte wird in der Woche des 6. Dezembers, gerade rechtzeitig zum UN Tag der Menschenrechte am 10. Dezember, an der Lorraine Schule in der Stadt Bern stattfinden. Nachdem im letzten Rundbrief ein erstes Mal über unser Schulprojekt informiert wurde, hat sich die Planung weiter konkretisiert. Aus lehrplantechnischen Gründen wird der Pilotversuch erst Ende des Jahres stattfinden. Dafür konnten wir die kontaktierte Schule derart von unserem Konzept überzeugen und erfreuen uns so viel Offenheit der Lehrerschaft gegenüber unserem Projekt, dass der einst geplante, eintägige Workshop auf eine ganze Woche ausgedehnt werden konnte. Jeweils vormittags bringen

wir zwei Gesamtklassen (7. bis 9. Schuljahr) in insgesamt sieben Modulen verschiedene Aspekte der Menschenrechte näher. Auf interaktive, spielerische und zugleich fordernde Art, soll in erster Linie ein Bewusstsein und die Faszination für das Thema geweckt werden. Von der längeren Laufdauer erhoffen wir uns eine grössere Nachhaltigkeit und ausreichend Zeit für Reflexion und Fragen von Seiten der Jugendlichen. Wir (sieben Jus-, Ethnologie und Geschichtsstudenten/ absolventen) sind gespannt auf die Bewährungsprobe unserer didaktischen Konzepte in der Praxis und werden im nächsten Rundbrief vom Pilotversuch berichten.

Neue Vorstandsmitglieder



Fabian Hunold (26) hat 2009 sein Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und des Völkerrechts an der Universität Zürich abgeschlossen. Während seines Studiums absolvierte er ein Praktikum auf der Schweizer Botschaft in Südkorea und die Offiziersschule. Derzeit sammelt er als Praktikant in der Abteilung Internationale Sicherheit des EDA erste Berufserfahrung. Fabian Hunold kam 2007 als Teilnehmer am SHV Jugendseminar ein erstes Mal mit der Schweizerischen Helsinkivereinigung in Kontakt.



Dr. Hans Widmer (geb. 1941) ist studierter Philosoph, langjähriger Philosophielehrer und Politiker. Er hat politische Erfahrungen auf Gemeinde- Kantons- und Bundesebene (Nationalrat). In der grossen Kammer gehörte er im Verlaufe seiner 14jährigen Amtszeit den folgenden Kommissionen an: Aussenpolitische und Sicherheitspolitische Kommission sowie der Kommission für Bildung und Wissenschaft, die er auch präsierte. Mit der OSZE kam er in Kontakt als Delegationsleiter der OSZE-Delegation des schweizerischen Parlaments. Hans Widmer stammt aus dem Luzerner Seetal und wohnt in Luzern.

SPENDENAUFUF

Wir danken allen Leserinnen und Lesern unserer Rundbriefe für ihre treue mentale und finanzielle Unterstützung über all die Jahre hinweg. Auch für unsere künftigen Projekte sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen. Jeder Beitrag ist uns willkommen und wichtig, damit wir unsere verschiedenen Aktivitäten fortsetzen können. Schon jetzt danken wir Ihnen für Ihre Spenden.

Schweizerische Helsinki Vereinigung

Sekretariat: Netzwerk Müllerhaus

Bleicherain 7
CH-5600 Lenzburg
Email info@ihf-ch.org

Telefon 062 888 01 75
Telefax 062 888 01 01
www.ihf-ch.org

PC-Konto 80-60501-5

Vorstand: Marianne von Grünigen
Präsidentin

Fabian Hunold
Christian Sager
Daniel Thürer

Malcolm MacLaren
Hanspeter Spörri
Hans Widmer

Franziska Rich
Hans Martin Tschudi